

## Chlorhühnchen - Nein Danke!

Sie haben schon davon im Fernsehen gehört oder in der Zeitung gelesen? Sie haben sich geschüttelt bei dem Gedanken, Chlor statt Fleisch zu schmecken? Es kann noch schlimmer kommen.

Seit Mitte 2013 berät ein kleiner Kreis von Bürokraten der EU und der USA hinter verschlossenen Türen über ein Handels-, Wirtschafts- und Umweltabkommen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Zugang zu den Dokumenten haben hingegen 600 Vertreter von Großkonzernen. Nicht einmal die EU-Abgeordneten haben uneingeschränkte Einsicht. Und obwohl Städte und Kommunen direkt betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände nicht in die Verhandlungen eingebunden. Viele Vereinbarungen sind trotz Geheimhaltung öffentlich geworden und haben bereits zu einer großen Gegenbewegung geführt. Welche Folgen hat dieses TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) genannte Abkommen unter anderem für uns alle?

- Genmanipulierte Lebensmittel
- Gesundheitsgefährdende Chemikalien in Alltagsprodukten
- Ausverkauf von Wasserversorgung, Bildung und Verkehr
- Verschlechterung der

- Arbeitsbedingungen (z.B. Einschränkung des Tarifrechts)
- Verseuchtes Grundwasser durch Fracking
- Sonderklagerecht für Konzerne bei Umsatzeinbußen
- Privatisierung von städtischen Dienstleistungen



Um die Interessen von Konzernen durchzusetzen, sollen sie Regierungen vor privaten Schiedsgerichten verklagen können. Als Beispiel sei hier die von der Bundesregierung geplante Mietpreisbremse genannt. Immobilieninvestoren (und damit haben wir in Velbert auch genug schlechte Erfahrungen) könnten die Mietpreisbremse als Bruch ihrer „legitimen“ Gewinnerwartungen und damit als Verstoß gegen das Prinzip der „billigen und

gerechten Behandlung“ auffassen.

Zentrale kommunale Versorgungsaufgaben wie die Abwasserbeseitigung und die Abfallentsorgung könnten sich große Versorgungsunternehmen zunutze machen, um gegen „lästige Wartungsaufgaben“ Front zu machen, die deutsche Städte ihren hiesigen Betrieben vorschreiben. Auch ein Rückkauf von Stadtwerken wäre nicht mehr möglich.

In weiten Bereichen der kommunalen Daseinsfürsorge konkurrieren private mit öffentlichen Anbietern, sei es im Nahverkehr, im Bildungs- und Kulturbereich und ganz besonders im Gesundheitswesen, wie z.B. unser Klinikum Niederberg. Hier würden die Zuschüsse, die von den Kommunen geleistet werden, von privaten Wettbewerbern als Subventionen betrachtet und die Kommunen für eventuelle Umsatzeinbußen verklagt werden.

Die Schiedsgerichte bestehen aus drei Personen: Je ein Vertreter des klagenden Konzerns, der beklagten Partei und eine neutrale Person. Sie sind an keinerlei Recht und Gesetz gebunden, klagen kann nur ein internationaler Konzern, nicht aber eine Regierung oder Kommune. Schon die alten Römer hatten die Erkenntnis: „Cui bono“? Auf Deutsch: „Wem zum Vorteil?“

## Neviges braucht die Stadthalle

Die Stadtverwaltung plant, die Nevigeser Stadthalle abzureißen - Die Linke setzt sich dagegen für ihre Sanierung und ihren Erhalt ein. Für viele Nevigeser Vereine war die Stadthalle ihr Treffpunkt. Nach Abriss gäbe es in Neviges nur noch die Vorburg, die aber nur 150 Personen fasst und hohe Mietkosten verursacht. Die Stadt-

halle ist auch als denkmalwürdig eingeschätzt worden, sie ist das einzige Gebäude in Velbert im Bauhausstil. Deshalb hat die Linke bereits Offene Briefe an die Denkmalschutzbehörde und den Minister geschickt mit der Forderung, für den Erhalt einzutreten.

Wir werden nunmehr auch einen entsprechenden Antrag an den Be-

zirksausschuss stellen, sowie alle Nevigeser Vereine anschreiben mit der Bitte um Auskunft, ob und wie sie eine erhaltene, sanierte Stadthalle für ihre Zwecke nutzen würden - ob als Vereinstreffpunkt oder als Raum für größere Veranstaltungen. Die Miete müsste günstig und bezahlbar sein.

# CDU und SPD missachten Elternwillen!



Die alte Hardenberg-Hauptschule wäre ein geeigneter Standort für eine zweite städtische Gesamtschule (Foto: M.G.)

Statt der seit Jahren von Eltern und Schülern gewünschten zweiten Gesamtschule soll nun eine teilentegrative Sekundarschule eingerichtet werden. Im Schulausschuss wurde zwar diskutiert, das Ergebnis stand aber vorher schon fest.

Die beiden großen Parteien waren sich mal wieder einig – wie schon so oft in den letzten Jahren. Wie war das noch vor der Wahl, als Herr Böll-Schlereth (SPD) auf unsere Wahlprüfsteine geantwortet hatte, er würde eine Gesamtschule bevorzugen? Schnee von gestern anscheinend.

Es geht den Gegnern einer zweiten städtischen Gesamtschule letztlich um die Erhaltung des bestehenden selektierenden Systems, welches das sogenannte „Normalvolk“ von den „Eliten“ trennt. Eine Welt ohne Gymnasien, ohne diese Trennung wäre ihnen ein Graus. Aber warum? DIE LINKE ist überzeugt, dass es besser ist, wenn alle Schüler zusammen lernen – das fördert das soziale Miteinander. Studien belegen, dass auch Schüler ohne Gymnasialempfehlung auf einer Gesamtschule viel bessere Chancen haben, einen höheren Abschluss zu erreichen.

Der Übergang von Real- oder Sekundarschule zur gymnasialen Oberstufe stellt wegen unterschiedlicher Lehrpläne für viele ein großes Hindernis dar. Wir fordern weiterhin: Zweite städtische Gesamtschule – jetzt!

## Velbert -

### (K)ein Platz für Flüchtlinge

Überall auf der Welt gibt es Bürgerkriege und Krisenherde. Abertausende Menschen sind davor auf der Flucht. Relativ wenigen davon gelingt es, nach Europa zu kommen und bei uns Schutz zu finden. Aber da es immer mehr werden, kommen viele Städte (u.a. auch Velbert) in die Situation, dass bisherige Unterkünfte nicht ausreichen.

DIE LINKE fordert, die Flüchtlinge in Mietwohnungen unterzubringen. Was vor wenigen Jahren noch strikt abgelehnt wurde, wird im letzten Jahr endlich auch in Velbert praktiziert – Familien werden zum Teil in Wohnungen untergebracht. (Hier gilt es die Verwaltung einmal zu loben, da sie sich als lernfähig erwiesen hat.)

Auch hierbei zeigt sich wieder, dass in Velbert ein Mangel an günstigen Wohnungen für Einzelpersonen und größere Familien besteht.

Alternativ sucht die Verwaltung nach einem großen Miet- oder Kaufobjekt für ein zweites Aufnahmeheim. DIE LINKE fordert dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen, um eine bessere Integration zu gewährleisten. Hätte man Flüchtlinge nicht in Lagern untergebracht, wären körperliche Übergriffe von „Wachpersonal“ wie in Essen und Burbach nicht möglich gewesen. Nach wie vor stehen Bund und Land in der Verpflichtung, sich stärker an den Kosten der Unterbringung zu beteiligen.

**Ingrid Schween (Ratsfrau)**

## Veranstaltungshinweise

DIE LINKE und die DKP laden ein zum Kabarettabend am Mittwoch, dem 3. Dezember 2014 um 19.00 Uhr in die Gaststätte „Bürgerstube“, Kolpingstraße 11 in Velbert-Mitte. Zu Gast ist der aus dem Fernsehen bekannte Kabarettist Jens Neutag mit seinem Programm „Das Deutschland-Syndrom“.

Karten zum Preis von 5,00€ sind erhältlich unter 02051/932810; Montags und Mittwochs im Büro der Linken, Offerstraße 14a.

Aus aktuellem Anlass veranstalten DIE LINKE und DKP einen Informations- und Diskussionsabend zum Thema Naher Osten. Insbesondere die Frage der verschiedenen agierenden Kräfte und Interessen beteiligter Staaten werden im Blickpunkt der einleitenden Ausführungen stehen. Aber auch Fragen wer Waffen wohin liefert und welche Rolle die Bundesrepublik, USA und andere spielen, sollen erörtert werden.

Die Veranstaltung findet statt am Montag, den 20. Oktober um 18:00 Uhr im Stadtverbandsbüro der Linken, Offerstraße 14a (Rückgebäude), Velbert. Referent ist Serdar Agit Boztemur, der erst kürzlich den Nahen Osten bereist hat.

## Aufgemerkt!

**Nicht nur zu Wahlkampfzeiten sind wir für Sie da!**

*Unser Büro ist für Sie geöffnet:*  
Montags: 15:00 bis 17:00 Uhr  
Mittwochs: 17:00 bis 18:30 Uhr  
Donnerstags: 15:30 bis 17:00 Uhr  
Telefon: 02051/932810

## **Schlüsselbund**

Erscheint unregelmäßig im Raum Velbert.

V.i.S.d.P für diese Ausgabe:  
Joschka Baum und Ingrid Schween  
Offerstraße 14a 42551 Velbert  
buero@dielinke-velbert.de  
www.dielinke-velbert.de  
Die Redaktion behält sich vor,  
Einsendungen zu kürzen.

**Impressum**